

## Zielvereinbarung

zwischen vertreten durch	Bezirksamt Pankow von Berlin Bezirksbürgermeister Matthias Köhne
und vertreten durch	Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH Ruth Anhäusser (Geschäftsführerin)
sowie vertreten durch	Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK e.V.) Bianca Klose (Geschäftsführerin)

im weiteren Arbeitsgemeinschaft<sup>1</sup> Lokaler Aktionsplan Pankow „Für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ kurz „ARGE Aktionsplan“ genannt

Mit dem Ziel, weiterhin gemeinsam exemplarische Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus, für Demokratie und Toleranz im Bezirk Pankow von Berlin zu entwickeln und umzusetzen, schließen das Bezirksamt Pankow von Berlin, vertreten durch den Bezirksbürgermeister, und die „ARGE Aktionsplan“, vertreten durch die Geschäftsführerin der Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH und die Geschäftsführerin des VDK e.V., eine Vereinbarung für den Zeitraum vom 01. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 ab.

Zielstellung ist die weitere Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas im Bezirk im Hinblick auf die wirksame Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Ausgehend von der Idee einer grundlegenden Demokratisierung des Gemeinwesens geht es um die Förderung der Partizipation des Einzelnen an allen gesellschaftlichen Prozessen. Vor dem Hintergrund unserer Einwanderungsgesellschaft gilt das insbesondere für eine unbeschränkte, gleichberechtigte Teilhabe von Bürger/innen mit Migrationshintergrund bzw. Bürger/innen, die durch ihr Aussehen, ihre Hautfarbe, aufgrund von Behinderung, durch ihre religiöse Weltanschauungen oder sexuelle Orientierung potenziell Opfer rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Gewalt bzw. von Diskriminierung betroffen sind oder sein können.

Es wird anerkannt, dass in Berlin Menschen mit Migrationshintergrund einen hohen Anteil an der Bevölkerung darstellen. Hierzu gehören diejenigen, die eingewandert sind bzw. die durch den Migrationshintergrund ihrer Familie sozial und kulturell geprägt wurden, und Flüchtlinge, die Zuflucht benötigen. Auf die jeweilige Sozialisation und Lebenssituation gilt es zu reagieren, um die Chancengleichheit und die Teilhabe am öffentlichen Leben für Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

---

<sup>1</sup> Die Arbeitsgemeinschaft ist eine Kooperation des Trägers Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH mit der Einrichtung Netzwerkstelle [moskito] und dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VdK) als Träger der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR).

Grundlage der Zielvereinbarung ist der Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin vom 10. Dezember 2003 zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans Pankow „Für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (vom 24. September 2003), den das Zentrum Demokratische Kultur im Auftrag des Bezirksamts Pankow von Berlin erstellte<sup>2</sup>.

Sollte das Bezirksamt Pankow ab 2007 im Rahmen des neuen Bundesprogramms "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" gefördert werden, ist mit weiteren, über die derzeitige Zielvereinbarung hinaus gehenden strukturellen und inhaltlichen Anforderungen zu rechnen. Es ist von den Vertragspartner/innen zu prüfen, welche Kapazitäten für die weitere Begleitung im Rahmen der vereinbarten Zielvereinbarung vorhanden sind bzw. inwiefern Inhalte dieser Zielvereinbarung in den auf der Grundlage des neuen Bundesprogramms zu erstellenden Lokalen Aktionsplans aufgenommen werden sollten.

Die Zielvereinbarung beinhaltet die Umsetzung, Konkretisierung, Weiterentwicklung und Begleitung der im Lokalen Aktionsplan Pankow „für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ beschriebenen Maßnahmen. Darüber hinaus werden die Erfahrungen und Erkenntnisse der Vertragsparteien aus den Jahren 2004, 2005 und 2006 für die weiteren Aktivitäten in 2007 genutzt.

## **1. Einleitung**

(1) Die Vertragspartner/innen gehen davon aus, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine kontinuierliche Aufgabe des Gemeinwesens ist. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt darin, demokratisches, tolerantes und couragiertes Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken und somit ein Gegengewicht zu totalitären, menschenverachtenden, antisemitischen und rassistischen Haltungen dauerhaft zu schaffen, zu erhalten und zu unterstützen<sup>3</sup>.

(2) Die Vertragspartner/innen vereinbaren, die Aktivitäten im Jahr 2007 auf folgende Handlungsfelder zu konzentrieren:

- **Öffentlicher Raum und Zivilgesellschaft**
- **Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**
- **Jugendarbeit und Schule**

(3) Für die oben genannten Felder werden die in den Vorjahren begonnene Maßnahmen fortgeführt und Strategien weiterentwickelt oder aus anderen Gemeinwesen übernommen. Auf Grundlage der sozialräumlichen Kenntnisse und lokalen Erfahrungen

---

<sup>2</sup> Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): „Lokaler Aktionsplan Pankow. Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V., Berlin 2003

<sup>3</sup> s. dazu Aktionsplan Pankow a.a.O., z.B. Seite 37 f.

gen der Vertragspartner/innen der ARGE und ihrer Kooperationspartner/innen werden für das neu hinzugekommene Handlungsfeld Strategien entwickelt.

Die Vertragspartner/innen betrachten es als ihr Anliegen, so zu agieren und solche Ergebnisse zu erzielen, dass die Strategien auch an anderer Stelle und an anderen Orten durch zivilgesellschaftliche Gruppen, Personen und den öffentlichen Dienst angewendet oder weitergeführt werden können, wenn es darum geht, Rechtsextremismus, Rassismus und/oder Antisemitismus entgegenzutreten und einzudämmen.

(4) Für die Umsetzung und Begleitung des Lokalen Aktionsplans sollen die Kompetenzen der „ARGE Aktionsplan“ zielgerichtet genutzt werden. Diese liegen insbesondere im Bereich der Analyse von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und der Entwicklung von Handlungsstrategien im Umgang mit diesen Phänomenen (MBR Berlin), den langjährigen Erfahrungen in der Gemeinwesenarbeit (Pfeiferwerk Stadtkultur gGmbH) im Allgemeinen und den Erfahrungen in der Vernetzungsarbeit von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sowie der Entwicklung kommunaler Gegenstrategien (Netzwerkstelle [moskito]).

(5) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Umsetzung der genannten Zielsetzungen kooperativ zu verwirklichen. Die Steuerung des Gesamtprozesses erfolgt gemeinsam durch die vom Bezirksbürgermeister beauftragte Migrant\*innenbeauftragte und die ARGE Aktionsplan.

Die Abstimmung und Planung der einzelnen Aktivitäten vollzieht sich im bestehenden Fachgremium, das regelmäßig tagt. . Fünf Personen werden durch das Bezirksamt und fünf Personen durch die „ARGE Aktionsplan“ sowie ein Vertreter durch die Polizei vom Abschnitt 18 entsendet. Das Fachgremium kann sich eine Geschäftsordnung geben. Bei der Entscheidungsfindung gilt vorzugsweise das Konsensprinzip. Sollte eine Abstimmung notwendig sein, gilt das Mehrheitsprinzip. Bei Stimmgleichheit kann die Abstimmung zur nächsten Sitzung wiederholt werden.

## **2. Inhaltliche Ziele und Maßnahmen**

Die Vertragspartner/innen beschließen gemeinsam für die ausgewählten Handlungsfelder

- 1. Öffentlicher Raum und Zivilgesellschaft**
- 2. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**
- 3. Jugendarbeit und Schule**

die benannten allgemeinen Ziele themenbezogen zu konkretisieren und ihre Verwirklichung durch Einzelmaßnahmen in die Wege zu leiten. In den drei oben genannten Handlungsfeldern werden in der Zeit vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 die nachfolgend genannten Aktivitäten durchgeführt:

## **2.1. Öffentlicher Raum und Zivilgesellschaft**

### **Leitsatz**

#### **„Weltoffenheit und respektvoll-kritisches Miteinander als Chance und Weg zum Abbau von rassistischer Ausgrenzung und rechtsextremer Gewalt“**

(1) Die ARGE Aktionsplan führt die in 2006 begonnene Unterstützung und Begleitung des Bezirksamtes bei der Bearbeitung des Moscheebau-Konflikts in Pankow-Heinersdorf fort. Grundlage für diese Begleitung stellen der in 2006 durch die ARGE erarbeitete Bericht mit einer Sozialraum- und einer Akteursanalyse sowie der Zusammenstellung von Erfahrungen aus anderen Moscheebau-Konflikten und kommunalen Handlungsstrategien dar. Die Analyse wird im Jahr 2007 weiter durch Beobachtungen und Erfahrungen vervollständigt, Ableitungen und Handlungsoptionen werden in enger Abstimmung der ARGE Vertragspartner/innen getroffen.

(2) Die ARGE berät und begleitet auch in 2007 bedarfsabhängig lokale Akteure und Akteursgruppen innerhalb des Moscheekonflikts wie zivilgesellschaftliche Gruppen, religiöse und kirchliche Gruppen, lokale Netzwerke und andere. Im Vordergrund steht die Förderung eines respektvollen, demokratischen Klimas in Heinersdorf und im gesamten Bezirk Pankow. Dazu gehört auch die Stärkung von demokratischen Minderheitenpositionen und migrantischen Gruppen.

(3) Die von Pankower Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft initiierte Kampagne „Weltoffenes Pankow“ (Arbeitstitel) wird von der ARGE koordiniert, unterstützt und begleitet. Die Zielsetzungen der Kampagne, Pankow als Ort von und Raum für vielfältige Kulturen, Lebensweisen und Religionen zu bestärken, die Sensibilität für demokratische Grundrechte zu erhöhen und das politische Klima im Bezirk entsprechend mitzugestalten, wird von der ARGE unterstützt. Das Bezirksamt fördert die Kampagne durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten sowie praktische Unterstützung bei der Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit

(4) Die „ARGE Aktionsplan“ unterstützt lokale Akteure im nördlichen Prenzlauer Berg im Gebiet rund um die Erich-Weinert- und die Thomas-Mann-Straße bei der Realisierung sozialraumbezogener Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Als Grundlage hierfür dient in einem ersten Schritt eine Aufnahme von Wahrnehmungen zu demokratiegefährdenden Phänomenen und die Prüfung von daraus resultierenden Bedarfen und Handlungsressourcen seitens der Akteur/innen. Die aus den Bedarfen abgeleiteten und gemeinsam vereinbarten intervenierenden und präventiven Strategien werden im Jahr 2007 umgesetzt, können jedoch auch eine Grundlage für Maßnahmen im Jahr 2008 bilden.

(5) Die Vertragspartner/innen vereinbaren, dass nach Überfällen und Übergriffen im Bezirk Pankow von Berlin, die einen rechtsextremistischen, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund vermuten lassen, zeitnah eine gemeinsame Auswertung dieser Vorfälle stattfindet. Die Initiative dafür geht jeweils von dem Partner aus, der die Erstinformation zum Vorfall erhält.

(6) Das im Jahr 2004 entwickelte Register zur Erfassung von rassistisch, rechts-extrem und antisemitisch motivierten Vorfällen und Angriffen wurde in 2005 implementiert und in 2006 fortgeführt sowie erweitert. Die Netzwerkstelle [moskito] wird in 2007 die Unterlagen und Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes weiterhin sammeln, verarbeiten, auswerten, archivieren und veröffentlichen. Die Vertragspartner/innen überprüfen das Verfahren und nehmen gegebenenfalls Änderungen vor. Die „Anlaufstellen“ werden in diesen Prozess einbezogen. Es gilt, weitere Initiativen, Einrichtungen und Institutionen als Anlaufstellen für das Register zu gewinnen.

Die Ergebnisse der Auswertung sowie Informationen über die Anlaufstellen werden u.a. über die Pressestelle des Bezirksamtes veröffentlicht. Die in 2006 gedruckten Register-Plakate sowie die zu aktualisierende Register-Karte werden in Einrichtungen des Bezirks und anderen öffentlich zugänglichen Orten ausgehängt bzw. verteilt, um das Projekt in der Öffentlichkeit noch weiter bekannt zu machen und die Sensibilisierung für die Themenfelder voranzutreiben.

Die „ARGE“ legt dem Bezirksbürgermeister halbjährlich eine Auswertung des Registers vor. Diese Auswertung wird in den Bericht des Bezirksbürgermeisters an die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin zu rechtsextremen, rassistischen und/oder antisemitischen Überfällen einfließen.

## **2.2. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**

### **Leitsatz**

**„Die Kundenorientierung der Verwaltung wird durch die interkulturelle Öffnung gestärkt“.**

(1) Die Vertragspartner/innen stimmen darin überein, dass der Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung auch in 2007 weiter voran gebracht werden muss, um das zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche Engagement bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu unterstützen und ein Klima der Akzeptanz und des Respekts vor allem gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken.

(2) Der Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung ist weiter zu qualifizieren durch die Implementierung des Diversity – Ansatzes. Dieser in führenden Firmen und Unternehmen, wie Lufthansa, Telekom und Commerzbank praktizierte Ansatz zielt auf einen positiven Umgang mit der Vielfalt von Lebensentwürfen seiner Mitarbeiter/innen. Unterschiede, wie bspw. durch Herkunft, Hautfarbe, in der religiösen Anschauung und der sexuellen Orientierung stellen sowohl eine Chance, als auch ein Potenzial für die Mitarbeiter/innen selbst wie für das Unternehmen/die Verwaltung dar, die darauf beruhenden Kompetenzen und Ressourcen einzubringen bzw. zu nutzen.

Sich einen solchen Ansatz im Bezirksamt Pankow zu eigen machen, bedeutet, den bislang überwiegend auf Migrant/innen als Nutzer/innen der Verwaltung gerichteten Fokus zu erweitern auf die Mitarbeiter/innen der Verwaltung. Der Diversity-Ansatz trägt zugleich dem am 18. August 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbe-

handlungsgesetz (AGG) Rechnung, wonach die Kommunen als Arbeitgeber, Dienstleister und öffentlicher Auftraggeber verpflichtet sind, Menschen vor Diskriminierung und Ungleichbehandlung aus Gründen der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu schützen.

(3) Interkulturelle Öffnung ist eine Querschnittsaufgabe. Die Implementierung des Diversity-Ansatzes ist breit in allen Ebenen und Bereichen der Verwaltung einzuführen. Einzubeziehen sind das Bezirksamtskollegium, die Leiter der Organisationseinheiten (LuV, SE) und alle Mitarbeiter/innen. Zu Beginn des Jahres 2007 ist in Informationsveranstaltungen über den Diversity-Ansatz und dessen Zusammenhang mit dem AGG zu informieren. Dazu gehören ein Einführungsvortrag für die Mitglieder des Bezirksamtes und ein 1-tägiges Seminar für die Leiter der Organisationseinheiten durch den Fortbildungsträger "Eine Welt der Vielfalt"/Berlin im Rahmen der EQUAL- Entwicklungspartnerschaft Berlin DiverCity.

(4) Die in zwei Umläufen im Jahre 2006 vorgenommene Umfrage zur interkulturellen Kompetenz von Mitarbeiter/innen sind vom Personalservice auszuwerten mit dem Ziel, vorhandene Ressourcen künftig gezielter zu nutzen bzw. als Grundlage einer umfassenden Personalentwicklungsberatung zu nehmen.

(5) Beginnend mit dem Ausbildungsjahr 2007 wird der Ausschreibungstext für die Bewerbung für eine Berufsausbildung im BA Pankow um die Empfehlung erweitert, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund um einen Ausbildungsplatz in der Pankower Verwaltung bewerben sollten. In Kooperation mit Bildungsträgern ist im Bedarfsfalle auf eine gezielte Vorbereitung von in Frage kommenden Bewerber/innen mit Migrationshintergrund hin zu wirken.

(6) Interkulturelle Öffnung der Verwaltung erfordert eine stärkere Sensibilisierung für dieses Thema. In Kooperation mit geeigneten Partnern werden Trainingsangebote, auch als inhouse-Schulung, für LuV - Leiter vermittelt. Beschäftigten, die bereits in 2006 am Grundkurs „Anders erleben - anders wahrnehmen“ des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin beim Türkischen Bund Berlin-Brandenburg (ADNB beim TBB) teilgenommen haben, wird in 2007 der Zugang zum geplanten Aufbaukurs des ADNB vermittelt.

Angeboten wird auch die Möglichkeit, an der Fortbildung „Neue Wege der Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten am Arbeitsplatz“ (Gemeinschaftsinitiative EQUAL, pro integration, BA Lichtenberg), teilzunehmen.

(7) Der Wegweiser für Migrant/innen in deutscher und englischer Sprachversion wird nach Einarbeitung der nach den Wahlen 2006 eingetretenen personellen und strukturellen Veränderungen im Bezirksamt Anfang 2007 durch die „ARGE“ in Zusammenarbeit mit der MigrantInnenbeauftragten vorgelegt. Noch im ersten Quartal wird der Wegweiser in aktualisierter Form auch in Russisch erscheinen und wie die deutsche und englische Version durch die Pressestelle auf der homepage des BA Pankow zugänglich gemacht. Es ist vorgesehen, den russischsprachigen Wegweiser in einer Auflage von 300 Stück zu vervielfältigen. Der Wegweiser sollte periodisch, mindestens jedoch einmal im Jahr in Kooperation mit dem LuV Bürgerdienste und Wohnen und dem Rat für MigrantInnen aktualisiert werden. Die Zuständigkeit für die deutsche Version liegt beim LuV Bürgerdienste und Wohnen, das Einpflegen der Aktualisierungen in die fremdsprachlichen Versionen wird durch die ARGE Aktionsplan

koordiniert. Das Bezirksamt prüft, inwieweit Mittel für die Übersetzung der Änderungen in den Fremdsprachen zur Verfügung gestellt werden können. Eine weitere Übersetzung in die spanische Sprache wird in 2007 angestrebt.

(8) Als ein auch von außen sichtbares Zeichen der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und einer damit einher gehenden Willkommenskultur wird die vorgesehene mehrsprachige Beschilderung des Dienstgebäudes Rathaus Pankow und der angrenzenden Bürogebäude Neue Schönholzer Str. einschließlich der Vereinheitlichung der Zimmernummern realisiert. Als nächster Standort sollten die Dienstgebäude in der Fröbelstraße 17 ausgeschildert werden. Denn hier befinden sich mit dem Bürgeramt, dem Gewerbe- und Sozialamt, aber auch dem Schulamt Einrichtungen, die auch von Bürgern mit Migrationshintergrund aufgesucht werden.

### **2.3. Jugendarbeit und Schule**

#### **Leitsatz:**

**„Das demokratische und interkulturelle Selbstverständnis wird durch frühzeitige Sensibilisierung und kritisches Lernen gestärkt“**

(1) Die ARGE Aktionsplan bietet 2007 Fortbildungen für Schulsozialarbeiter/innen zum Thema Rechtsextremismus an. Es geht zum einen darum, diese für das frühzeitige Erkennen rechtsextremer Erscheinungsformen – unter Einbeziehung der geschlechtsspezifischen Dimension – zu sensibilisieren und sie über rechtsextreme Strukturen und Strategien zu informieren. Zum anderen geht es darum, die Schulsozialarbeiter/innen in ihrem Engagement für eine an den Menschenrechten orientierten Pädagogik zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen auf ihre jeweilige sozialpädagogische Praxis abgestimmte Strategien zu entwickeln. Die Durchführung der Fortbildungen erfolgt in enger Absprache mit der zuständigen Mitarbeiterin im Jugendamt Pankow sowie mit der Außenstelle Pankow der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung (SenBWF).

(2) Der in 2005 begonnene und in 2006 durch die AG Interkulturelle Jugendarbeit fortgeführte Fachaustausch über die Förderung und Umsetzung der interkulturellen Jugendarbeit in Pankow wird in 2007 fortgesetzt. Ziel ist der praxisorientierte Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiter/innen aus Schule, Schulsozialarbeit und freien sowie kommunalen Trägern der Jugendarbeit als auch die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Multiplikator/innen.

Im Januar und Februar 2007 findet im Rahmen des Fachaustausches ein interkulturelles Sensibilisierungstraining in mehreren Modulen statt. Zur Absicherung der intensiven weiteren Begleitung und Moderation der Fachdiskussion prüft die ARGE in enger Kooperation mit der AG interkulturelle Jugendarbeit die Gründung einer Servicestelle „Interkulturelle Jugendarbeit in Pankow“.

### **3. Aufgaben der Vertragsparteien**

(1) Das Bezirksamt unterstützt die Vertragspartner/innen insbesondere gegenüber anderen Dienststellen und Betrieben des Landes Berlins, deren Mitwirkung zur erfolgreichen Umsetzung einzelner Vorhaben notwendig ist.

(2) Alle Vertragsparteien verpflichten sich, die Öffentlichkeit über die Arbeit im Rahmen der Zielvereinbarung und die durchgeführten Projekte zu informieren und in einem geeigneten Rahmen darzustellen. Hierbei werden sie durch die Pressestelle des Bezirksamts unterstützt.

(3) Die Vertragspartner/innen unterliegen den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen und werden den internen Prozess der Entwicklung, Umsetzung, Begleitung und Weiterbearbeitung des Lokalen Aktionsplans nur nach vorheriger gemeinsamer Abstimmung in der Öffentlichkeit präsentieren. Alle internen Verwaltungsangelegenheiten gelten als vertraulich. Bei Verstößen sind beide Parteien berechtigt, die Zielvereinbarung unverzüglich in Schriftform mit einer Frist von zwei Wochen zu lösen.

(4) Alle eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen werden durch die „ARGE Aktionsplan“ dokumentiert<sup>4</sup>. Die „ARGE Aktionsplan“ wird dem Bezirksamt und bei Bedarf den Gremien der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin halbjährlich über die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen berichten. Eine Auswertung der Ergebnisse führen die Vertragspartner/innen im Dezember 2007 durch. Ein gemeinsamer Abschlussbericht mit der dazugehörigen Materialsammlung mit den wichtigsten Dokumenten wird bis zum 31. Januar 2008 erstellt. Die „ARGE Aktionsplan“ ist bereit, im Bedarfsfall auch anderen kommunalpolitischen Gremien mit Informationen zur Verfügung zu stehen.

Die „ARGE Aktionsplan“ verfügt für die Realisierung der Zielvereinbarung zurzeit über Kapazitäten von maximal 40 Wochenstunden abzgl. Urlaub, Fortbildung und Vertretung sowie geringe sächliche Mittel<sup>5</sup>. Die Realisierung des Gesamtvorhabens wird nur durch das Einwerben von Drittmitteln sowie die ehrenamtliche Arbeit von engagierten Bürger/innen des Bezirks umsetzbar sein.

(5) Das Bezirksamt verpflichtet sich, die „ARGE Aktionsplan“ bei der Einwerbung von Drittmitteln zu unterstützen, damit genügend Ressourcen für die Umsetzung, Begleitung und Dokumentation der Vorhaben zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus unterstützt das Bezirksamt Pankow von Berlin die Partner der ARGE mit der gezielten Einbindung von Personal, bei der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Lokalen Aktionsplans, mit Räumen für Veranstaltungen und Besprechungen sowie finanziell mit Sachmitteln nach seinen Möglichkeiten.

Das Bezirksamt Pankow von Berlin nimmt am Interessenbekundungsverfahren für das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ teil. Die Aufnahme in dieses Programm bietet die Chance und die

---

<sup>4</sup> Die Dokumentation soll sowohl die erfolgreichen Aktivitäten beinhalten als auch diejenigen Aktivitäten, die nicht erfolgreich durchgeführt werden konnten. Auf dieser Grundlage können zukünftige Aktivitäten analysiert und ggf. zielgerichtet modifiziert werden.

<sup>5</sup> ausreichend für Raummieten, Telefon, Internet

Voraussetzung für eine weitere Umsetzung der im Lokalen Aktionsplan Pankow 2003 festgelegten grundsätzlichen Inhalte und Ziele in einem neu zu erstellenden Lokalen Aktionsplan. Dessen Erstellung soll auf der Grundlage der hier vereinbarten Ziele und Handlungsfelder von den Mitgliedern der ARGE gesteuert werden.

Berlin, den

Für das Bezirksamt Pankow von Berlin  
Bürgermeister Matthias Köhne

Für die ARGE Aktionsplan  
Ruth Anhäusser  
(Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH)

.....

.....

und

.....

Bianca Klose  
(Verein für Demokratische Kultur in Berlin - VDK e.V.)